



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD)
zur Wahl zum Europäischen Parlament 2019
26. März 2019**

- 1. Wie wird sich Ihre Partei dafür stark machen, dass die EU einen umfassenden Aktionsplan für Gleichberechtigung und gegen die Diskriminierung von LSBTI erhält?**

Antwort

Grundsätzlich gilt: Wir stehen für ein Europa der Werte und treten Diskriminierung – egal welcher Art – entschieden entgegen. Bereits seit 2000 gibt es eine EU-Richtlinie, die einen weitreichenden Rahmen zur Bekämpfung der Diskriminierung, u. a. wegen der sexuellen Ausrichtung, in Beschäftigung und Beruf vorschreibt.

Unabhängig von der o. g. Richtlinie gilt seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon die Verpflichtung aus der Europäischen Grundrechtecharta, nach der Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Ausrichtung im Anwendungsbereich des Europarechts verboten sind.

- 2. Welche Themen und Maßnahmen soll der Aktionsplan Ihrer Partei nach beinhalten?**

Antwort

CDU und CSU werben für Toleranz und wenden sich gegen homophobe Tendenzen genauso wie gegen jede Form der Diskriminierung. Wir unterstützen ausdrücklich das Ziel, Menschen vor Diskriminierungen aufgrund ihrer sexuellen Identität zu schützen und zu unterstützen.

- 3. Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass der Schutz vor Diskriminierung für LSBTI in Europa gestärkt wird?**

Antwort

Siehe Antwort zu Frage 1.

4. Wie wird sich Ihre Partei im Parlament für EU-weite Maßnahmen zum Abbau von bestehenden Diskriminierungen und Barrieren im Gesundheitssektor einsetzen?

Antwort

Gesundheit und Pflege dürfen keine Frage von Einkommen oder sexueller Orientierung sein. Die Union steht für eine flächendeckende, wohnortnahe und qualitativ hochwertige medizinische und pflegerische Versorgung mit ambulanten haus- und fachärztlichen sowie stationären Leistungen, Leistungen von Heil- und Hilfsmittelerbringern, Reha- und Pflegeeinrichtungen sowie von Apotheken in Stadt und Land für alle Bürger gleichermaßen. Entscheidend sind dabei die Bedürfnisse der Betroffenen. Sie sind in der Versorgung ebenso zu berücksichtigen wie in der Aus- und Weiterbildung derjenigen, die später in der Versorgung tätig werden.

5. Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Menschenrechtsverletzungen an trans- und intergeschlechtlichen Menschen in den Mitgliedsstaaten der EU endlich beendet werden?

Antwort

Siehe Antwort zu Frage 1.

6. Wie wird sich Ihre Partei für die rechtliche Anerkennung von mehr als zwei Geschlechtern einsetzen?

Antwort

Wir achten das Persönlichkeits- und Selbstbestimmungsrecht jedes Menschen. So soll in Deutschland nach einer Änderung des Personenstandsgesetzes bei der Geburt künftig neben den Angaben "weiblich" und "männlich" oder der "Eintragung des Personenstandsfalls ohne eine solche Angabe" auch die Bezeichnung "divers" gewählt werden können, wenn das Kind weder dem weiblichen noch dem männlichen Geschlecht zugeordnet werden kann. Über diese Frage sollen die Mitgliedsstaaten eigenständig entscheiden.

7. **Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass es eine EU-weite Rechtssetzung gegen homophobe und transfeindliche Hassverbrechen geben wird?**
8. **Wie wird sich Ihre Partei im EU-Parlament dafür einsetzen, dass homophobe und transfeindliche Gewalttaten in der EU in Zukunft wirksam und präventiv bekämpft werden?**

Gemeinsame Antwort 7 und 8

Toleranz gegenüber Schwulen, Lesben und Transgendern sollten nach unserer Auffassung auch im Rahmen von Programmen zur Gewaltprävention Thema sein. Eine Erweiterung der Gesetzestexte um die Motive Homophobie und Transfeindlichkeit halten CDU und CSU für nicht erforderlich. Es ist nicht entscheidend, dass die sexuelle Orientierung nicht ausdrücklich genannt wird, da Homosexuelle und Transgender Teile der Bevölkerung sind. Es besteht insoweit keine Strafbarkeitslücke, als der Gesetzgeber in der Gesetzesbegründung diese Personengruppe ausdrücklich als geschützt wissen wollte.

9. **Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass an Schulen EU-weit Programme und Maßnahmen gegen Mobbing und auch gegen Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung, Geschlechtsidentität und Geschlechtsmerkmale umgesetzt werden?**

Antwort

CDU und CSU sprechen sich dafür aus, Mobbing und Ausgrenzung durch Präventionsprogramme den Nährboden zu entziehen. Aufgabe der Schule ist es vor allem, aufzuklären und nützliche Informationen bereitzuhalten. Das gilt für grundlegende Kenntnisse über Sexualität sowie für die Vermeidung von Gefahren und Gefährdungen durch ungefilterte Darstellungen in den digitalen Medien. Darüber hinaus können zahllose, auch anonyme Beratungsstellen sowie Ratgeber Hilfestellung leisten.

- 10. Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die EU rechtliche Lücken in der Frage der Freizügigkeit und gegenseitigen Anerkennung von Familien mit gleichgeschlechtlichen bzw. transgeschlechtlichen Eltern schließt?**

Antwort

Wir schreiben Familien kein bestimmtes Familienmodell vor. Wir respektieren die unterschiedlichen Formen des Zusammenlebens. Menschen sollen selbst entscheiden, wie sie ihr Zusammenleben gestalten und ihren Alltag organisieren. Verantwortung wird auch in anderen Formen des Zusammenlebens, die auf Dauer angelegt sind, übernommen und gelebt: Zum Beispiel durch Alleinerziehende, Patchwork-Familien, nicht-eheliche Lebensgemeinschaften und die bestehenden eingetragenen Lebenspartnerschaften. Auch gleichgeschlechtliche Partnerschaften verdienen Anerkennung. Diskriminierung gegenüber diesen Partnerschaften lehnen wir entschieden ab. Wir stehen zum Leitbild von Ehe und Familie, ohne die Vielfalt der Lebenswirklichkeit auszugrenzen.

- 11. Wie wird sich Ihre Partei gegenüber Rat, Kommission und Parlament dafür einsetzen, dass LSBTI legale und sichere Wege der Flucht in die EU offenstehen, und sie nicht in Verfolgerländern wie beispielsweise Marokko oder Libyen festsitzen, wo ihnen Gewalt und Ausbeutung drohen?**

- 12. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass homo- und bisexuelle Personen in der Regel einen Schutzstatus erhalten, wenn sie aus Ländern fliehen, in denen gleichgeschlechtliche Handlungen mit Haft- oder gar Todesstrafe bedroht sind?**

Gemeinsame Antwort 11 und 12

Deutschland hilft Menschen, die vor Krieg, Terror und Verfolgung aus ihrer Heimat geflohen sind. Wer als Asylberechtigter oder als Flüchtling anerkannt wird, darf bleiben. Wer nach dem rechtsstaatlichen Verfahren nicht schutzbedürftig ist und daher keine Bleibeperspektive hat, muss Deutschland wieder verlassen.

Im Übrigen ist klarzustellen, dass bei sicheren Herkunftsstaaten lediglich das Verfahren beschleunigt wird. Wer im Einzelfall konkret vorbringt, aufgrund seiner sexu-

ellen Orientierung verfolgt zu werden, dessen Antrag wird weiterhin geprüft. Ist dieser Nachweis erfolgreich, kann er seinen Anspruch auf Asyl abweichend von der Regelvermutung geltend machen.

- 13. Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass die EU die Umsetzung der europaweit festgelegten Bestimmungen zum Schutz von besonders schutzbedürftigen Personen wie LSBTI verstärkt kontrolliert?**
- 14. Wie wird sich Ihre Partei im EU-Parlament dafür einsetzen, dass die Menschenrechte von LSBTI in aller Welt geschützt und LSBTI-Menschenrechtsverteidiger*innen weltweit gestärkt werden?**

Gemeinsame Antwort 13 und 14

Die EU gründet auf Werten der Gleichheit und des Respekts. CDU und CSU unterstützen Initiativen zum Kampf gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität.

Wir wollen, dass auch in Zukunft die Vertreter sowohl des deutschen Auswärtigen Dienstes, als auch des Europäischen Auswärtigen Dienstes bilateral und auch in multilateralen Foren wie dem VN-Menschenrechtsausschuss für die Rechte von Schwulen und Lesben eintreten. Sie sollen noch besser für diese Aufgabe sensibilisiert werden. Wir setzen uns auch künftig für die finanzielle Ausstattung von Programmen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit für bedrängte und verfolgte Minderheiten einschließlich Schwulen und Lesben ein. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wird auch künftig zusammen mit den Fach- und Haushaltspolitikern prüfen, welche Institutionen am besten geeignet sind, diese Aufgabe zu erfüllen.

- 15. Wie wird sich Ihre Partei aktiv und sichtbar für Menschenrechte, Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung von LSBTI im Parlament einsetzen?**

Antwort

Siehe Antwort zu Frage 1.